Beschluss der Stadtverordnetenversammlung

12. Juni 2023 1 von 2

Balkonkraftwerke

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen B90/Grüne, CDU und FDP - 101.19.776 -

Geänderter gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, ein Förderprogramm zur Förderung von Balkonkraftwerken inklusive Finanzierungskonzept zu initiieren. Der Erwerb von Balkonkraftwerken (Solar) soll mit einem einmaligen Zuschuss von 150 € pro Haushalt unterstützt werden. Für Beziehende von Sozialleistungen soll geprüft werden, ob in Verbindung mit Energieeinsparberatungen eine höhere Förderung eingeräumt werden kann.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: B90/Grüne, CDU, FDP, Stadtverordnete Klobuczynski, Gleuel,

Dr. Hoppe und Rieger

Ablehnung: SPD, Die Linke, AfD

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem geänderten gemeinsamen Antrag der Fraktionen B90/Grüne, CDU und FDP betr. Balkonkraftwerke, 101.19.776, wird **zugestimmt.**

> Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, ein Förderprogramm zur Förderung von Balkonkraftwerken inklusive Finanzierungskonzept zu initiieren. Der Erwerb von Balkonkraftwerken (Solar) soll mit einem einmaligen Zuschuss von 150 € pro Haushalt unterstützt werden.

Pro Haushalt, der eine Mittendrin-TeilhabeCard nachweist, soll für den Erwerb einer Mikro-Photovoltaik-Anlage bis 400W bzw. 800W je nach Wechselrichter-Leistung ein einmaliger Zuschuss von 400 € bzw. bis 700 €

gewährt werden. Die Förderung ist gedeckelt auf maximal 80% der tatsächlich nachgewiesenen Kosten.

2 von 2

Die Nachweisanforderungen für die Bürger:innen müssen so gestaltet sein, dass die Förderung im vollen Umfang für das Balkonkraftwerk genutzt werden kann und hierdurch keine finanziellen Nachteile entstehen. Die Stadt Kassel soll die Wohnungsbauunternehmen und insbesondere die GWG auffordern, den Einbau von Balkonkraftwerken durch Mieter:innen ohne unverhältnismäßige Auflagen zu genehmigen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: SPD, Die Linke

Ablehnung: B90/Grüne, CDU, FDP, Stadtverordnete Klobuczynski, Gleuel,

Dr. Hoppe und Rieger

Enthaltung:

AfD

den

Beschluss

Der Änderungsantrag der Fraktion Die Linke betr. Balkonkraftwerke, 101.19.776, wird abgelehnt.

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann Stadtverordnetenvorsteherin

Nicole Eglin Schriftführerin